Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 54. Steinheim, Dienstag, den 7. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Landwirtschaft und Ultimatum.

Seit ihrem Wiedereintritt in die Reichsregierung drängt die sozialdemokratische Partei auf neuerliche Beteiligung an der preußischen Regierung, wodurch das Kabinett Stegerwald ernstlich bedroht wird, wenn es in der kurzen Zeit seines Bestehens auch noch keine Taten aufweisen konnte, so hat es der Landwirtschaft Preußens in Herrn Warmbold doch immerhin einen Fachminister gebracht, der gemeinsam mit seinen Ministerkollegen im Reiche die Fragen der Landwirtschaft und Volksernährung vom überparteilichen Standpunkte aus zu beurteilen verspricht.

Besonders unzweideutig hat dem Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die preußische Regierung der ehemalige preußische Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident Herr Otto Braun das Wort geredet. Begründet werden derartige Ansprüche bekanntlich u. a. mit der angeblichen Notwendigkeit gleichartiger Zusammensetzung der Regierung im Reich und in Preußen. Auch in Preußen soll nach der Annahme des Ententeultimatums ein „Kabinett der Erfüllung" gebildet werden. Erfüllen lassen sich die Forderungen des Feindbundes bestenfalls nur unter Mitwirkung aller an der Gütererzeugung beteiligten Volkskreise. Das unbezweifelte Wort des Reichsministers Dr. Hermes, daß sich zurzeit nur „mit der Landwirtschaft" regieren lasse, heißt, auf die derzeitige politische Lage angewandt, daß sich das Ultimatum auch nur mit der Landwirtschaft erfüllen läßt.

Kürzlich wies der bekannte Sozialist Paul Lensch in einem lesenswerten Aufsatz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" darauf hin, daß die Sozialdemokratie in einer Regierung der Erfüllung an sich in einer schwierigen Lage sei. Die unerhörten Forderungen des Ultimatums ließen sich nur bei hochkapitalistischer Produktionsweise erfüllen. Die Sozialdemokratie habe daher die schwere Wahl zwischen ihrem bisherigen, letzthin durch die Kohlensozialisierung besonders gekennzeichneten Programm und dem neuen „Erfüllungsprogramm". Das leuchtet ein und spricht Bände gegen jede Vermehrung des sozialdemokratischen Elementes auch in der preußischen Regierung. In Sonderheit aber dürfte Herr Braun, der während seiner Amtsführung als preußischer Landwirtschaftsminister den Wirtschaftsfrieden in der Landwirtschaft fortgesetzt auf das Schwerste gefährdet hat, in einer mit der Landwirtschaft arbeitenden Regierung der Erfüllung völlig unmöglich sein.

Ein leidiges Kapitel.

Von Zeit zu Zeit muß man den deutschen Staatsbürger einmal an Eigenschaften erinnern, die ihm weder gut stehen noch dienlich sind. Unser mangelhafter politischer Sinn fängt wieder an, Blüten zu treiben, die vor dem Kriege mit dazu beigetragen haben, uns in der Welt unbeliebt zu machen. Man fängt wieder einmal an, wahres nationales Empfinden mit einer leichtfertigen Großmannssucht und einer Renommisterei zu verwechseln und diese letztere für das zu halten, was uns zurzeit nottut. Das hat ja am vergangenen Donnerstag auch den Reichskanzler Dr. Wirth veranlaßt, die Parteien zu bitten, „nicht aus jedem Vorfall in Deutschland eine große Aktion" zu machen. Der Reichskanzler dachte dabei an das Aufbauschen innerpolitischer Vorgänge, die uns nach außen hin kompromittieren können, er hätte aber auch auf das mangelnde Verständnis hinweisen können, das wir immer noch unserer Lage entgegenbringen. War es nach der politischen Richtung hin schon eine Leistung, daß wir in Deutschland die „siegreiche Schlacht am Skagerrak" feiern mußten, in einer Zeit, in der wir schon um Oberschlesien gut tun, innerpolitische Dinge durch die außenpolitische Brille zu sehen, so muß man sich in wirtschaftlichen Dingen manchmal über eine Renommisterei wundern, die mit unserer heutigen Lage nicht mehr zu vereinbaren ist. Gerade der national empfindende Mensch sollte aus der Vergangenheit lernen. Statt dessen sahen wir schon in der Zeit, als die Summe noch nicht festgesetzt war, die wir an den Verband als „Reparation" zu zahlen haben, wieder Volkswirtschaftler mit Zahlen operieren, die zeigen sollten, daß es mit uns wieder bergauf gehe. Die „Wiedereroberung des Auslandsmarktes" mußte breitgetreten werden und vor jedes kleine Schiff, das vom Stapel laufen sollte, postierte sich im Kreis von Ehrenjungfrauen ein Redner, der schöne Worte vom neuen Seeverkehr Deutschlands usw. zu sagen hatte. Aus den prunkvollen Stapelläufen der Vergangenheit und ihrer Folgen haben wir anscheinend nichts gelernt. Es wird immer gesagt, nur die Arbeit könne uns retten, aber es werden schon wieder übergenug Reden gehalten, die uns nur schaden können.

Gewiß, jeder wirkliche Deutsche freut sich über jede neue Lokomotive, die ein Stück Wiederaufbau des deutschen Eisenbahnwesens ist, und er freut sich über jedes neue Schiff, das der deutschen Flagge in Uebersee wieder zu Ehren verhilft, aber, muß das alles in die Welt hinausgeschrien werden? Müssen wir vor aller Welt wieder mit Statistiken arbeiten, anstatt uns ruhig und bescheiden der doch immerhin noch recht geringen Fortschritte der Nachkriegsarbeit zu erfreuen? Wir müßten die sich regende Anteilnahme des Auslandes für unser herbes Volksgeschick zu wecken versuchen und tun in unserer leidigen Reklamesucht so, als ob es schon wieder Anlaß hätte, mit schelen, neidischen Augen auf uns zu sehen. Darum weg mit der alten leidigen Reklame für den Erfolg unserer Arbeit, sie schadet ihm nur. Mehr Selbstzucht, mehr ruhige Entwicklung.

Die Zollkontrolle auf dem Rhein.

Durch die zollpolitische Abtrennung des besetzten Gebietes und durch die Handhabung der Zollkontrolle seitens der interalliierten Zollbeamten hat der Schiffahrtsverkehr auf dem Rhein, besonders über Emmerich nach Holland, ungeheuer gelitten. In Emmerich lagen vor kurzem 250 bis 300 Dampfer und Kähne, die bergwärts und talwärts der Abfertigung harrten, aber infolge der ganz unsachgemäßen Eingriffe der belgischen Zollkommission bezw. der interalliierten Rheinschiffahrtskommission nicht abgefertigt werden konnten.

Das deutsche Zollamt in Emmerich ist von den Belgiern besetzt worden. Der belgische Zolldirektor ist sich über seine Machtbefugnisse überhaupt nicht klar. Die Stelle des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Aus- und Einfuhr wurde von den Belgiern aufgehoben. In den ersten Tagen der Besetzung des Zollamts wurden überhaupt keine Schiffe abgefertigt. Die Verkehrsstörung stieg infolgedessen bis ins Unerträgliche. Dann begann ein einziger belgischer Zollbeamter als Beauftragter der Ententezollbehörden, die Papiere der ein- und ausfahrenden Schiffe zu prüfen und die zur Weiterfahrt freigegebenen zu bezeichnen. Einen Abfertigungsstempel hatte der Beamte überhaupt nicht. Für seine DienstHandhabung besaß er keine Anweisung. Er kannte nicht einmal die von der Interalliierten Rheinlandkommission erlassenen Bestimmungen, geschweige denn die deutschen Zollvorschriften. Von der Lage der Hafenplätze des Versand- oder Bestimmungsortes, ob im besetzten oder unbesetzten Gebiet gelegen, hatte er keine Ahnung. Zunächst wurden solche Schiffe abgefertigt, die vom Ausland nach dem unbesetzten Gebiet gingen oder die vom unbesetzten bezw. besetzten Gebiet ins Ausland fuhren. Wenn die Einfuhrbewilligungspapiere des Ein- und Ausfuhramtes in Ems, deren Vorlage er forderte, irgendwelche Formfehler aufwiesen, verweigerte er ihre Anerkennung und verhinderte die Schiffsabfertigung. Dienst tat der belgische Beamte von 10 bis ½12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags, also 5½ Stunden. Die Durchsicht der Papiere ging dabei noch außerordentlich langsam. Es konnte daher nur ein kleiner Bruchteil der sonst zur Abfertigung gelangenden Schiffe erledigt werden. Später erhielt der Beamte Unterstützung von einigen anderen belgischen Zollbeamten, aber auch jetzt konnten an einem Tage nur 50 bis 30 Fahrzeuge abgefertigt werden, also nur ein kleiner Bruchteil des Tagesverkehrs.

Ueber diese Handhabung des Zolldienstes herrscht in den beteiligten Kreisen des besetzten Gebietes berechtigte Erregung. Von allen Seiten wird Abhilfe gefordert. Die Partikulierschiffer belagern das Zollbüro. Die Agenten aller Speditionsfirmen drängen fortgesetzt auf Abfertigung. Telephonische Anfragen über den Stand der Abfertigung kommen von allen Seiten des Rheins. Die Sendungen, deren Papiere nicht in einem stromaufwärts gelegenen Zollhafen abgefertigt sind, und die nicht den zollamtlichen Stempel über Ausfuhrabgabe sowie den Vermerk über die Zahlung der statistischen Gebühr tragen, können in Emmerich gar nicht abgefertigt werden. Es herrschen ganz unhaltbare Verhältnisse, die dringend der Abänderung bedürfen. Die Zustände sind ein neuer Beweis dafür, daß die zollpolitische Abtrennung des Rheinlande ein wirtschaftlicher Unsinn ist und endlich aufhören muß.

Verzögerung der Boulogner Konferenz.

Günstig für Deutschland?

In London hofft man kaum noch, die oberschlesische Frage schon bald lösen zu können, weil die Aussichten für eine baldige und kurze Sitzung des Obersten Rates schwinden. Man nimmt an, daß vor Mitte des Monats die Konferenz nicht zusammentreten wird, und daß sich ihre Tätigkeit über einige Wochen erstrecken wird. So beginnt man mit einem Aufschub von etwa einem Monat in Sachen Oberschlesiens zu rechnen. Der englische Standpunkt ist unverändert der gleiche. Man findet den Aufschub der Entscheidung unbegründet und legt wenig Wert auf eine Sachverständigenkonferenz. Man glaubt aber, daß Frankreich sich durch die Verschleppungstaktik zum Nachgeben vorbereite und einem Deutschland günstigen Entscheid der Sachverständigen keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen werde. In diesem Sinne beurteilt man die Lage nicht ungünstig für Deutschland, das, nach maßgebender Ansicht, jetzt, nachdem es seine Pflichten anerkannt habe, auch die Wahrung seiner Rechte aus dem Friedensvertrage durch die Alliierten erwarten könne. Hiernach müßten die Kreise Hleß und Rybnik zwar den Polen zugesprochen werden, das übrige Industriegebiet gestatte aber keine weitere Abtrennung, wenn es in seiner Leistungsfähigkeit im Interesse der europäischen Wirtschaft erhalten werden sollte. Es müsse daher Deutschland zugeteilt werden.

Demgegenüber kann von deutscher Seite immer nur wieder darauf hingewiesen werden, daß das ganze Abstimmungsgebiet ein unteilbares Ganze ist und daß nach dem Entscheid des Völkerbundes über das Abstimmungsrecht einzelner Landesteile anläßlich der Abstimmung auf den Alandsinseln ganz Oberschlesien bei Deutschland bleiben muß, wenn dem Recht Genüge geschehen soll.

Der Fluch der Halbheit.

Von Dr. K. von Mangoldt.

So sehr es für uns Deutsche jetzt auch gilt, die Blicke vorwärts zu richten, so sehr müssen wir uns doch auch bemühen, aus der Vergangenheit zu lernen. Woran sind wir gescheitert? In erster Linie doch unzweifelhaft an unserer auswärtigen Politik vor dem Kriege und auch noch während des Krieges. Welches aber war der Grundfehler dieser Politik? Ebenso unzweifelhaft ihre unselige Halbheit, die sich für keine Seite und kein Ziel voll entschließen und dafür dann auch die notwendigen und unvermeidlichen Anstrengungen und Opfer voll auf sich nehmen wollte. Als wir nach Ablauf der Bismarckschen Zeit, durch unser ungeheures Bevölkerungswachstum notwendig getrieben, bewußt in den Kampfplatz der Weltpolitik eintraten, mußten wir, voll unsere bei unserer eingeklemmten Lage auf dem Kontinent bei irgend einer anderen großen Macht feste Anlehnung suchen. Das konnte nach Lage der Umstände nur Rußland oder England sein — und da setzt nun unser großer Fehler ein: wir haben zwar sowohl die Freundschaft Rußlands wie die Englands gesucht, aber für keine der beiden Möglichkeiten haben wir uns in dem Sinne wirklich entschieden, daß wir daraus auch die nötigen politischen Folgerungen gezogen und die nötigen Opfer gebracht hätten.

Wollten wir unseren Weg mit England gehen — unter Caprivi herrschte ja diese Strömung vor — so mußten wir darauf jedenfalls in unserem Flottenbau Rücksicht nehmen, auf einen Konflikt mit Rußland gefaßt sein und unsere Erweiterung in erster Linie auf dem europäischen Festlande nach Osten hin suchen. England hat uns verschiedene Male, insbesondere 1898 und 1901, ein Bündnis angeboten, wir haben es jedesmal abgelehnt oder doch nicht zum Abschluß gedeihen lassen. Andererseits: wollten wir mit Rußland gehen, so mußten wir die russische Politik, die nun einmal auf Eroberung und Ausdehnung gerichtet war, in Ostasien und sonst in der Welt, wenn natürlich auch nicht bedingungslos, möglichst unterstützen, unsere eigene Entwickelung aber in dem Ausbau unserer Seemacht, überseeischem Kolonialerwerb und vielleicht auch einer gewissen Umgestaltung der mitteleuropäischen Landkarte suchen. Aber auch das haben wir nicht getan — Halbheit hier, Halbheit dort! — und dabei doch andererseits durch unsere Türkenpolitik, unseren Flottenbau und unsere gewaltige wirtschaftliche Entwicklung weitausgreifende, wenn auch an sich friedliche Ziele verfolgt, die den anderen schwer auf die Nerven fielen. Und so kamen wir schließlich mit Notwendigkeit dahin, wohin wir gekommen sind, daß wir alle wirklich starken Mächte gegen uns und keine wirklich für uns hatten. Mit unübertrefflicher Klarheit ist übrigens diese ganze Entwicklung der Dinge in einem soeben erschienenen Büchlein „Deutschlands auswärtige Politik von Caprivi bis Bethmann-Hollweg"*) dargestellt.

Die Schuld an der falschen Politik wird man keineswegs nur, wie es so beliebt ist, „unseren Diplomaten" oder auch „dem Kaiser und seinen Ratgebern" aufbürden dürfen, sondern hier liegt entschieden eine Schuld des ganzen Volkes vor. Nicht die Emporentwicklung unseres Volkes im Dienste großer Ideen und auf der steilen Bahn ruhmvoller Anstrengungen und Opfer war unser oberstes Ziel geworden, sondern — wenn auch wohl meist nicht klar bewußt — eitel möglichst reicher Erwerb und möglichst ungestörter Genuß. Der Geist eines Volkes, der so geworden ist, ist aber keine geeignete Luft für das Wachsen und Werden großer Entschlüsse und Taten.

*) Von Regierungsrat Dr. Steller. Detmold 1921.

Chronik des Tages.

— Im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß der Zeitpunkt für die Tagung des Obersten Rates, bei der die Entscheidung über Oberschlesien fallen soll, noch unbestimmt sei.

— General Henniker ist mit dem größten Teil der neuen englischen Truppenformationen in Oppeln eingetroffen.

— Briand erklärte dem deutschen Botschafter in Paris, daß die französische Regierung keinerlei Erörterungen über die Entwaffnungsfrage zulasse und auf der gleichzeitigen Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr bestehe.

Ultimatum und deutsche Wirtschaft.

Lebhaftere Geschäftstätigkeit.

Wie halbamtlich erklärt wird, zeigen die Berichte, die die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang in Handel und Industrie im Monat Mai dem Handelsministerium erstattet haben, daß nach der Annahme des Ultimatums und der dadurch bewirkten Klärung der politischen Lage in einzelnen Industrie- und Handelszweigen eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten ist. Dies gilt besonders von der Textilindustrie, aber auch von einzelnen Zweigen der Eisenindustrie, von verschiedenen Zweigen des Großhandels und Kleinhandels und vom Geschäftsverkehr der Börse.

Eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage wurde aber durch die Wirkungen der „Sanktionen" gehindert. Diese äußerten sich hauptsächlich in der Zurückhaltung des Auslandes mit Aufträgen und der Zurückziehung bereits erteilter Aufträge. Ferner brachte die Errichtung der Rheinzolllinie schwere Belästigungen mit sich. Die kurze Zeit der Wirksamkeit dieser Maßnahmen hat erkennen lassen, daß sie bei weiterer Aufrechterhaltung ganz besonders das besetzte Gebiet und seine Beziehungen zum unbesetzten Gebiet auf das schwerste schädigen müssen. Nicht weniger als die Sanktionen hat der oberschlesische Aufstand das Wirtschaftsleben behindert.

Die Erfahrungen der letzten vier Wochen beweisen, wie begründet die Behauptung der oberschlesischen Industrie ist, daß Oberschlesien ohne Anschluß an Deutschland nicht lebensfähig ist. Seit vier Wochen haben die Insurgenten die Verbindungen gelöst und damit das Wirtschaftsleben Oberschlesiens trotz eifrigster Gegenbemühungen Korfantys zum fast völligen Erliegen gebracht. Oberschlesien kann sowohl für den Abtransport seiner Erzeugnisse wie für den Bezug eines großen Teils seiner Materialien ohne Deutschland nicht leben.

Erster Freispruch in Leipzig.

Das Urteil im ersten U-Boot-Prozeß.

Am Sonnabend hatte sich als vierter Kriegsbeschuldigter auf Grund der von der Entente überreichten engeren Liste der Kapitänleutnant a. D. Neumann vor dem Reichsgericht zu verantworten. Nach der Anklage wird von der großbritannischen Regierung der Vorwurf gegen Neumann erhoben, daß er im Mai 1917 im Mittelmeer als Kommandant des U-Bootes 67 völkerrechtswidrig und ohne jede vorherige Benachrichtigung das englische Lazarettschiff „Dover Castle" durch einen Torpedoschuß zum Sinken gebracht habe, wobei sechs englische Matrosen ihr Leben einbüßten.

Der Angeklagte beruft sich auf den Befehl der deutschen Admiralität, jedes Lazarettschiff ohne weiteres anzugreifen, wenn es außerhalb der festgelegten freien Fahrrinne angetroffen wurde. Das englische Schiff sei außerhalb der Fahrrinne angetroffen worden. Für ihn habe nicht die Verpflichtung bestanden, das Schiff anzuhalten, zu besuchen und zu warnen. Aus der nach der Torpedierung erfolgten Detonation habe geschlossen werden können, daß

das Hospitalschiff Munition mit sich führte.

Der Oberreichsanwalt vertrat die Auffassung, daß der Angeklagte nicht das Bewußtsein gehabt hat, daß der Torpedierungsbefehl der Admiralität rechtswidrig gewesen sei. Der Angeklagte habe gewußt, daß wiederholt die Behauptung aufgetaucht sei, es seien von feindlicher Seite Verletzungen des Haager Abkommens betreffend den Schutz der Lazarettschiffe vorgekommen. Er habe weiter gewußt, daß für Fälle der Verletzung dieser Vorschrift der sonst gewährte Schutz auch unsererseits nicht verlangt werden konnte. Von Verantwortlichkeit des Angeklagten könne hiernach nicht die Rede sein. Das Gericht beschloß dem Antrage des Oberreichsanwalts gemäß und sprach den Angeklagten frei.

Machtkämpfe im Reichstage.

— Berlin, 3. Juni.

Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Nach Erledigung kleiner Gegenstände wird die gestern abgebrochene große politische Aussprache fortgesetzt. Der Präsident teilt mit, daß eine Entschließung der Deutschnationalen eingegangen sei, der Reichstag wolle beschließen, der Reichsregierung das Vertrauen zu versagen. Außerdem liegt ein Antrag der Mehrheitssozialisten vor, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkte der Begnadigung nachprüfen zu lassen.

Allmählicher Abbau der Sondergerichte.

Als erster Redner des Hauses spricht dann Reichsjustizminister **Dr. Schiffer.** Er weist darauf hin, daß der Reichstag die Aufhebung der Sondergerichte vor kurzem schon einmal abgelehnt hat. Ausnahmegerichte sind unerfreulich. Sie müssen abgebaut werden, sobald sie nicht mehr notwendig sind. Der größte Teil der Ausnahmegerichte wird jetzt aufgehoben werden, darunter die in Arnsberg, Dortmund, Wesel, Meiningen, Altona, Flensburg und Stendal. In nächster Zeit steht die Aufhebung bevor in Dresden, Hamburg, Bochum, Elberfeld, Hagen, Münster und Erfurt. Aber auch die Gerichte in Berlin, Halle, Torgau und Breslau werden bald aufgehoben werden.

Die Regierung gegen eine Amnestie.

Eine Amnestie muß sehr ernsthaft überlegt werden. Jede Amnestie durchbricht den ruhigen Lauf der Rechtsprechung. Was das Gericht ausspricht, muß vollstreckt werden. Damit soll nicht jede Amnestie ausgeschlossen werden. Oft kann auch eine Amnestie das Gegenteil der beabsichtigten Wirkungen hervorrufen. Die kommunistischen Unruhen sind noch nicht abgeschlossen. Nach der Ankündigung der Kommunisten sollen neue Aufstände folgen. Eine Amnestie würde nur dazu ermutigen. Der Minister ist deshalb nicht in der Lage, eine allgemeine Amnestie in Aussicht zu stellen.

Die Deutsche Volkspartei in sachlicher Opposition.

Abg. **Dr. Stresemann** (D. Vp.): Unter allen Umständen muß den Verführten vor Augen geführt werden, daß man nicht so leicht wegkommt, wenn man sich verführen läßt. Leider hat sich seit zwei Jahren das Gefühl festgesetzt, daß die Strafen durch die gewöhnlich nachfolgenden Amnestien nicht vollstreckt werden. Durch die Beschränkung der Polizei wird den Verbrechern geradezu Handlungsfreiheit gewährt. Das ist der tiefste Eingriff in die Staatsordnung. (Zustimmung rechts.)

Durch die Annahme des Ultimatums sind die Sanktionen hinfällig geworden. Frankreich hat es in der Hand, eine einseitige Einstellung des deutschen Volkes zu verhindern, nachdem die englische Regierung die Notwendigkeit der Aufhebung der Sanktionen anerkannt hat. Der Redner findet es an sich begrüßenswert, daß Rathenau, der an der Spitze eines großen Weltunternehmens steht, sich der Regierung zur Verfügung stellt. Sein Beispiel sollte Nachahmung finden. Minister Rathenau habe gesagt, wir können erfüllen, wenn wir wollen! Es kommt nur darauf an, wieweit man in die Not hineingehen wolle. Das sei ein sehr gefährliches Wort. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind jetzt so ungeklärt, daß es hier überhaupt kein Sachverständigenurteil geben kann. Irgendwo ist auch eine Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Volkes. Wenn Oberschlesien verloren geht, dann schwindet auch die letzte Möglichkeit zur Erfüllung des Ultimatums. Jeder hat die Pflicht, bei der Lösung der schweren Aufgaben mitzuhelfen. Wir stehen in Opposition, aber in sachlicher Opposition.

Drohende Regierungskrise.

Abg. Dr. **Petersen** (Dem.): Durch die Erfüllung der Forderungen wird auf der ganzen Welt ein Zustand des guten Willens herbeigeführt werden. Wir brauchen eine Regierung auf breiter Basis, und zwar unter Ausscheidung jeglicher Parteizänkerei, gestützt auf alle Kreise, die mitarbeiten wollen. Wir freuen uns, daß die Mehrheitssozialdemokratie wieder bei den Regierungsparteien ist.

Ich erkläre aber ausdrücklich namens meiner Fraktion, daß wir es im höchsten Maße bedauern, daß die Deutsche Volkspartei nicht bei der Koalition ist. Die gegenwärtige Koalition kann nur vorübergehend sein. Wenn die Sozialdemokraten den Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in das Kabinett verhindern wollten, so würden wir die Konsequenzen ziehen. (Hört hört!)

Uns steht das Vaterland höher als die Partei. Wenn wir das Vaterland retten wollen, brauchen wir die breitere Basis.

Reichskanzler Dr. **Wirth** erklärt es für unrichtig, daß auf Veranlassung der Entente Uebungen von Reichswehrsoldaten hätten eingestellt werden müssen. Die 26prozentige Ausfuhrabgabe ist die schwerste Forderung; hier müssen neue Prüfungen vorgenommen werden. Für die Wirtschaftskreise besteht kein Anlaß, Zurückhaltung zu üben. Der Reichswirtschaftsrat wird die Frage mit klären müssen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 4. Juni.

Vertagung bis zum 14. Juni.

Präsident **Löbe** teilt zu Beginn der heutigen Sitzung mit, daß es gelungen ist, den von den Polen verschleppten Abgeordneten Hartmann wieder freizubekommen. Er spricht die Erwartung aus, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Die politische Aussprache.

Alsdann wird die große politische Debatte über das Regierungsprogramm fortgesetzt. Die Deutschnationalen verlangen namentliche Abstimmung über ihren Mißtrauensantrag.

Weiter liegt folgender kommunistischer Antrag vor: Die Vereinigte Kommunistische Partei stellt den arbeiterfeindlichen Charakter dieser Regierung fest und spricht derselben ihr tiefstes Mißtrauen aus.

Spitzen.

Roman von Paul Auden.

Erst bei diesen Worten des Vorsitzenden schien das bis dahin zurückgedämmte Empfinden der Zuhörer wieder hervorzubrechen. Es war wie ein allgemeines Aufatmen. Einen Augenblick rauschte es durch den Saal; alsbald aber wurde es, ohne daß der Vorsitzende die Glocke in Bewegung zu setzen brauchte, feierlich still, auf allen Gesichtern spiegelte sich die Spannung wieder, mit der man dem Wirken des Verteidigers entgegensah, und alle lauschten erwartungsvoll, als er begann:

„Meine Herren Geschworenen!

Es ist etwas nicht Gewöhnliches, daß die ersten Worte des Verteidigers nichts anderes sein können als Worte des wärmsten Dankes, die er an den Vertreter der Anklage zu richten hat. Mit vollem Rechte hat der Herr Staatsanwalt in der traurigen Angelegenheit, die uns beschäftigt, meine Aufgabe als die dankbarere bezeichnet — denn ich kann mir in der Tat nichts Schöneres und Erhabeneres denken, als die Vornehmheit und Reinheit gegen den von der Ruchlosigkeit unternommenen Versuch der Entwürdigung und Besudelung verteidigen zu dürfen. Ja, meine Aufgabe ist die erfreulichere, und ich füge dankerfüllten Herzens hinzu, der Herr Staatsanwalt hat sie mir wesentlich erleichtert. Das in jedem Zuge treffende Bild, das er von Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Engernheim gezeichnet hat, die sich aus jedem seiner Sätze unaufhaltsam herauszwängende Ueberzeugung, daß ein Ehrenmann wie dieser, ein Edelmann in des Wortes edelster Bedeutung überhaupt unfähig ist, eine Handlung zu begehen, die unser Gesetz den schwersten Verbrechen beigesellt — mit einem Worte: alles Wesentliche, was das Gerechtigkeitsgefühl und die Gewissenhaftigkeit des Herrn Vertreters der Anklage über den Angeklagten zu sagen geheischt hat, — ich übernehme es, ohne ein Jota daran zu ändern, für die Verteidigung.

Bei dieser sieghaften Macht der Persönlichkeit des Fürsten hat es das eifrigste Bestreben des Herrn Anklägers sein müssen, Sie, meine Herren Geschworenen, gewaltsam loszureißen von dem Eindruck, den diese Persönlichkeit auf jedermann machen muß. Auch in dieser Beziehung darf ich mich eins fühlen mit dem Herrn Staatsanwalt.

Ich bedarf auch keineswegs der von dem Herrn Staatsanwalt gefürchteten Wirkung durch das Persönliche und habe die sachlichste Prüfung der Tat nicht nur nicht zu scheuen, ich habe diese Prüfung zu beanspruchen.

Aber was ist diese Tat? Ist sie gerade das und nur das, was wir von dem zusammenhausenden Paare Saza und Schmider gehört haben? Und nur das, was diese Zeugen, dieser Herausgeber des „Rechtsstaat" und seine ehrbare Wirtschafterin, ausgesagt haben, — nur das hat der Fürst in Abrede gestellt. Lediglich auf die Denunziation und auf die Zeugnisse dieses Paares stützt sich die Anklage. Fallen diese Zeugnisse weg, so stürzt das ganze morsche Gebäude kläglich zusammen.

Wie steht es nun um diese Zeugnisse?

Meine Herren Geschworenen, ich werde Sie bitten, die Briefe, welche die Schmider unter dem Diktate des Saza an Se. Durchlaucht geschrieben, später in Ihrem Beratungszimmer zu lesen, und zwar im Zusammenhang mit den Aufsätzen, die derselbe Saza in seinem genügend bekannten Blatte über Se. Durchlaucht veröffentlicht hat. Die ersteren sind die vertrauliche Vorrede zu den letzteren. Man begreift die Aufsätze erst, wenn man die Briefe kennt. Und was stellt das Ganze dar? Eine versuchte, freilich mißlungene Erpressung der niedrigsten Art, gefolgt von bubenhafter Rachsucht wegen des Mißlingens!

Das ist die Wahrheit, die ich hier ausspreche, ohne meine Worte abzuwägen.

Nun, meine Herren Geschworenen, die Erpressung gedeiht nur unter dem Sonnenschein der Lüge. Und nichts soll mich davon abhalten, meiner Ueberzeugung hier Ausdruck zu geben: jene Leute, die heute noch als Zeugen ihre Sitze in diesem Saale einnehmen, und die bald, das hoffe ich von der Gerechtigkeit, als Erpresser den ihnen gebührenden Platz auf der Anklagebank einnehmen werden, haben gelogen.

So also steht es um die Zeugnisse dieses Artikelschreibers und seiner Briefstellerin. Diese allein haben Se. Durchlaucht den Park betreten und verlassen sehen.

Im Parke sind aber notorisch die Spuren nur eines Mannes im Schnee wahrgenommen worden.

Nun tritt heute der Fritz Wildicke vor uns und erklärt: Ich bin im Parke gewesen! Ich habe jene Spuren hinterlassen.

Ueber diese wichtige Aussage scheint mir der Herr Staatsanwalt doch etwas zu flüchtig und mit zu großer Geringschätzung hinweggehuscht zu sein! Ich bin natürlich weit davon entfernt, mich auf Wildicke als auf einen klassischen Zeugen zu berufen. Aber dieser Wildicke ist vom Herrn Staatsanwalt geladen worden gerade wie Saza! Und ohne irgendwelche unliebsame Beziehung auf einen Zeugen darf ich doch im allgemeinen sagen: Einbrecher und Erpresser — ich weiß nicht, wem ich, allgemein gesprochen, den Vorrang einräumen würde. In Bezug auf die Glaubwürdigkeit insbesondere aber unbedingt dem Einbrecher! Denn dieser braucht kein anderes Werkzeug als das Stemmeisen und den Dietrich. Für den Erpresser aber ist die Lüge im Bunde mit der Verleumdung und Bedrohung das unentbehrliche Handwerkszeug.

Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß auf mich der Ausspruch des Wildicke: Als Angeklagter darf ich lügen, als Zeuge muß ich die Wahrheit sagen! diese freilich recht anfechtbare These einer lockeren Moral, allerdings einigen Eindruck gemacht hat. Weshalb soll ich dem Wildicke weniger glauben, als dem Saza?

Und meine Herren Geschworenen, behalten Sie eines im Auge: jene Spuren im Schnee haben den Beamten auf Wildicke geführt. Sie müssen demnach doch unbedingt so beschaffen gewesen sein, daß sie von Wildicke herrühren konnten. Nun sagt uns Wildicke: Ja, diese Spuren rühren von mir her! Und das sollen wir ihm nicht glauben dürfen?

Wenn wir ihm das aber glauben — was wird dann aus den Beobachtungen der Schmider, die in stockfinsterer Nacht auf fünfzig Schritt Entfernung unter den Bäumen des völlig unbeleuchteten Parkes einen Menschen an seinem Gange ganz genau erkennt, denselben, den ein anderer auf zwanzig Schritt in der von der Gaslaterne beleuchteten Straße beim besten Willen nicht zu erkennen vermag? Was aus den Beobachtungen des Saza, der einmal irgend jemand aus einem Parke hat kommen sehen und nach vier Jahren noch mit Bestimmtheit sagen will: dieser Unbekannte hat mir damals die Droschke weggenommen, und nun habe ich erfahren, daß der Fürst von Engernheim in jener Droschke gefahren ist, also ist der Fürst in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember aus dem Parke des Grafen Ifeneck gekommen! Was wird dann aus der ganzen Anklage?

Nein, meine Herren Geschworenen, der Fürst ist nicht im Parke gewesen, und er hat vor Gericht die Wahrheit gesagt.

Das Gesetz muß geschrieben sein. Aber der Buchstabe tötet und der Geist macht lebendig. Und gerade Ihre Pflicht ist es, den Buchstaben durch den geistigen Inhalt zu beleben. Sie brauchen nicht gesetzeskundig zu sein, Sie sollen es sogar nicht sein. Sie sollen als rechtschaffen fühlende und klar und schlicht denkende Männer nur wissen, was recht und unrecht, was wahr und falsch, was sittlich und unsittlich ist — nichts weiter! Sie haben nur die Gesamtheit auf sich wirken zu lassen und nur nach ihrem Gewissen zu prüfen und zu entscheiden. Kein Mensch hat das Recht, Sie nach Ihren Gründen zu fragen. Man verlangt von Ihnen keine andere Antwort als ja und nein!

Nun, meine Herren Geschworenen, wenn ein Zeuge vor Gericht eine wissentlich falsche Angabe macht, so begeht er einen Meineid, ein entehrendes Verbrechen. Daß das Gesetz die falsche Aussage vor Gericht mit den allerschwersten Strafen bedroht, ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Die Gerechtigkeit würde unterwühlt und in ihren Grundfesten erschüttert, wenn dem Richter nicht die Macht gegeben wäre, die Bekundung der Wahrheit mit den stärksten Mitteln zu erzwingen. Für den Meineid dürfen auch mit vollstem Rechte nicht alle gemeine mildernde Umstände als zulässig angesehen werden. Die wenigen Fälle, welche die Strafbarkeit des Meineids vermindern, sind durch das Gesetz ganz genau bestimmt.

Sind aber außer diesen bestimmten Fällen nicht noch andere denkbar, die das Gesetz in seiner knappen Allgemeinheit nicht hat vorhersehen, nicht hat berücksichtigen können, und die doch nach unser aller wahrstem Empfinden kein Vergehen sind, geschweige denn Verbrechen, die eine entehrende Strafe nach sich ziehen?

Abg. **Böhm** (Bayr. Vp.) sichert der Regierung wohlwollende Neutralität zu und spricht der bayrischen Einwohnerwehr wärmsten Dank aus. Oberschlesien ist für uns nicht nur eine Lebensfrage, sondern eine Herzensfrage.

Abg. **v. Gräfe** (Dnatl.): Wenn der Reichskanzler auch nur für die ersten Monate das Ultimatum erfüllen will, muß er zum Angriff auf die Substanz des deutschen Volksvermögens schreiten. Die Folge wird sein, daß nicht nur die Besitzenden zu Bettlern werden, sondern auch die deutschen Arbeiter zu Sklaven. Wir versagen dieser Regierung unser Vertrauen, weil sie dieses Ultimatum durchführen will, durch welches unser unglückliches Volk ganz und gar versklavt werden soll.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.): Gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung wehren wir uns, weil wir der Ansicht sind, daß in der Regierung nur Parteien sitzen können, die die Erfüllung des Ultimatums für möglich halten. Zu den Regierungsparteien haben wir das nötige Vertrauen.

Abg. **Burlage** (Ztr.) polemisiert vornehmlich gegen die Rechte. In welcher Lage würden wir uns jetzt befinden, wenn wir, wie die Deutschnationalen, mit Nein gestimmt hätten? Unweigerlich wäre der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgt. Die ganze Verwaltung Deutschlands wäre zerschlagen worden. Oberschlesien wäre glatt verloren gewesen.

Die Unabhängigen gegen das Mißtrauensvotum.

Abg. **Crispien** (U. Soz.) gibt folgende Erklärung ab: Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands lehnt das von der Deutschnationalen Fraktion und von der kommunistischen Fraktion beantragte Mißtrauensvotum ab.

Abg. **Kilz** (Dem.): Wer jetzt nicht an der Erfüllung des Ultimatums mitarbeitet, versündigt sich am deutschen Volke. Die breitere Basis ist eine wesentliche Voraussetzung für die Politik des Wiederaufbaues. Alle, die guten Willens sind, das Ultimatum zu erfüllen, gehören in die Regierung hinein. Wir werden nicht ablassen, dieses Ziel zu erstreben.

Abg. **Dr. Geyer** (Komm.): Das Bürgertum denkt nicht daran, die Folgen des Ultimatums zu tragen; es gibt sich auch weiterhin dem Wohlleben und dem Luxus hin. Die Lasten haben nur die Arbeiter zu tragen.

Die Vertrauenserklärung der Regierungsparteien.

Inzwischen ist folgender Antrag der Regierungsparteien eingegangen:

„Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen. Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung über Oberschlesien."

Damit schließt die Aussprache. Es folgen Erklärungen einzelner Parteien zur Abstimmung.

Abg. **Stresemann** (Dnat.) erklärt, daß seine Fraktion sich zu dem ersten Satz der Stimme enthalte, dem zweiten Satz zustimmen werde. Das Mißtrauensvotum lehne seine Partei ab.

Abg. **Crispien** (U. S.) erklärt, daß seine Partei den ersten Teil annehmen, den Satz über Oberschlesien dagegen ablehnen werde.

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnat.) gibt die Erklärung ab, daß seine Partei den ganzen Antrag ablehnen werde.

Chronik des Tages.

— **Im Prozeß gegen den Kapitänleutnant z. V. Neumann** wegen Torpedierung eines englischen Hospitalschiffes wurde der Angeklagte gemäß dem Antrage des Oberreichsanwaltes freigesprochen.

— Der Reichstag hat seine Beratungen bis zum 14. Juni unterbrochen, um der Regierung die beschleunigte Ausarbeitung der neuen Steuergesetze zu ermöglichen.

— Die Angriffstätigkeit der polnischen Insurgenten im oberschlesischen Aufstandsgebiet dauert an. Pleß steht nach vorübergehender Besetzung durch die Aufständischen wieder unter der Verwaltung der Interalliierten Kommission.

— Der neue englische Vertreter in der Interalliierten Kommission, Sir Stuart, ist in Oppeln eingetroffen. Der Vormarsch der Engländer auf Groß-Strehlitz hat noch nicht begonnen.

— Der von den Polen verschleppt gewesene deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hartmann befindet sich wieder auf freiem Fuß.

— In England sind 600 000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten.

Wenn an mich als Zeugen eine Frage gestellt wird, deren Beantwortung für die zur Verhandlung stehende Sache von keinerlei Bedeutung sein kann, eine zufällige Frage, muß ich diese Frage unter allen Umständen beantworten — auch wenn ich damit einen Vertrauensbruch an einem Freunde begehe, ein Familiengeheimnis offenbare, das Unverschuldete in Verzweiflung stürzt, wenn ich ein Gelübde breche, wenn ich das, was mir ein Sterbender in der Not der letzten Stunde im felsenfesten Vertrauen auf meine Treue gebeichtet hat, der Oeffentlichkeit preisgebe?

Muß ich das? Muß ich, um der gesetzlichen Forderung zu genügen, eine Schurkerei begehen, deren verhängnisvolle Folgen außer allem Verhältnis stehen zu dem Werte, den meine Aussage haben könnte? Muß ich das?

Nein, meine Herren Geschworenen, das will das Gesetz nicht! Ich befinde mich in diesem Falle im Zustande der Notwehr, die die Strafbarkeit jeder Handlung aufhebt. Ich habe die Pflicht, mein Geheimnis, das mir anvertraute Gut zu verteidigen und durch alle Mittel den rechtswidrigen Angriff abzuwenden. Diese sittliche Notwehr ist gerade so berechtigt wie die körperliche. Oder wäre ein solches Geheimnis etwa weniger wert als kostbarer Schmuck, als Gold oder Goldeswert? Ist derjenige, der in den eisernen Schrank meines Vertrauens einbricht und mir das Geheimnis raubt und versilbert, etwa besser als der Einbrecher, der mit dem Stemmeisen arbeitet? Steht der Erpresser höher da als der Räuber und Mörder?

Ich darf den Erpresser nicht niederschlagen, aber ich darf mich gegen ihn verteidigen, mit allen Mitteln. Und ebensowenig wie ich einen Mord begehe, wenn ich den Raubmörder niederschieße, ebensowenig begehe ich einen Meineid, wenn ich in der Bedrängnis durch einen Erpresser, um mir selbst, um einem dritten die Treue zu wahren, die Unwahrheit sage. Dann ist die Notlüge Notwehr!

(Fortsetzung folgt.)

Heraus mit unseren Kriegsgefangenen!

Einladung!

Zu dem am Sonntag, den 12. Juni 1921, nachmittags 5 Uhr auf dem Steinheimer Schützenhofe stattfindenden

- Avignon-Kriegsgefangenen-Sonntag -

fordern wir alle Mitbürger von Steinheim und Umgegend auf zur Aufnahme einer Resolution für die noch in Frankreich (Avignon) schmachtenden Kriegsgefangenen. Mitbürger Steinheims erscheint in Massen und helft uns unsere Kameraden zu befreien.

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefanger der Aemter Nieheim-Steinheim-Lügde (Sitz Steinheim i. Westf.)

Nur 2 Tage! Steinheim. Nur 2 Tage!

Auf der großen Diele, Höxterstraße 69, bei Herrn Anton Reineke gegenüber dem Edeka-Geschäft

- Grosser billiger Schuh-Verkauf -

Auswahl in Herren-, Damen- u. Kinderschuhe in feiner und derber Ausführung. Benagelte Arbeiterschuhe, Sandalen, Turnschuhe, usw. Der Verkauf beginnt Dienstag den 7. bis einschließlich Freitag den 10. Juni. Niemand versäume diese günstige Gelegenheit

Ernst Kann aus Elberfeld.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

-.- **Steinheim,** 7. Juni.

*— Mit dem 1. Juni wurde dem **Butterhandel** seine Ehrlichkeit wiedergegeben, und freudig wird der Familienvorstand die buntfarbigen Fettmarken dem Ofen anvertraut oder auch als Rarität aufbewahrt haben. Ohne behördliche Beaufsichtigung wird der Butterverkäufer seine Ware wieder abwiegen, ohne Sorge zu haben, daß ein kräftiger Windstoß das Einwickelpapier mitsamt der früheren Wochenportion von der Wage bläst. Vergessen wir nun die Lebensmittelmiserien und freuen wir uns einmal — wenigstens auf diesem Gebiete — der Gegewart!

*— **Sport.** Die noch junge Fußballmannschaft unseres Turnvereins hatte es am Sonntag vormittag zum ersten Mal unternommen, sich mit einem größeren, geachteten Gegner zu messen. Der Kampf wurde ausgetragen zwischen dem Fußballklub Blomberg und der ersten Mannschaft des Steinheimer Turnvereins. Die Blomberger Mannschaft ist Inhaber der Meisterschaft von Lippe. Das Spiel endete mit 1 : 1 (unentschieden.) Gewiß ein schöner Anfangserfolg einem so achtbaren Gegner gegenüber.

*— **Hildesheim,** 4. Juni. Hier grünt der tausendjährige Rosenstock am Dom auch in diesem Jahre wieder; der älteste Wurzelstock weist zwei neue kräftige Triebe auf.

*— **Letmathe.** Die Dechenhöhle ist an den Ostertagen von 4000, am ersten Pfingsttage von 7000, am zweiten Pfingsttage von 5300 und am letzten Sonntage von 4200 Personen besucht worden. Ein so starker Besuch war bisher noch niemals zu verzeichnen.

*— **Hörde,** 4. Juni. Bei einer Hochzeitsfeier in der Familie Fißner zu Schüren bei Aplerbeck erkrankten dreißig Hochzeitsgäste unter Vergiftungserscheinungen. Die Ursache der Erkrankungen ist noch nicht aufgeklärt. Die anfängliche Annahme, daß Fleisch oder Wurstvergiftung vorliege, hat sich nicht bestätigt.

*— **Norden.** Ueber Butter- und Milchpreise erläßt der Magistrat eine Bekanntmachung. Danach darf Butter nicht mehr als 15,50 Mark das Pfund, das Liter Milch nicht mehr als 1,30 Mark kosten. Wer höhere Preise verlangt, hat Bestrafung zu gewärtigen.

*— **Aachen,** 6. Juni. In der Nacht zum 2. Juni schossen betrunkene marokanische Soldaten in Eschweiler ohne jeden Grund auf der Straße einen Arbeiter und einen Polizisten nieder. Ein weiterer Arbeiter wurde von ihnen schwer verletzt. Als hilfsbereite Personen den schwerverletzten Schutzmann forttrugen, schossen die Mordbuben nochmals auf ihn, so daß er verblutete.

*— **Ahlen,** 4. Juni. Eine bestialische Roheit begingen Menschen, die in der Nacht von Samstag zum Sonntag den Landwirten Hohelüchter, Nigges-Frielickmann und Kelling in Oestig gehöriges Vieh auf der Weide mit Messern fürchterlich zurichteten. Man schnitt den armen Tieren ganze Stücke Fleisch aus dem Körper. Bei einem Rind hatte man das Messer sogar stecken lassen. Ein Rind mußte abgeschlachtet werden, während die übrigen Tiere in tierärztliche Behandlung genommen werden mußten.

*

:: **Goldankauf durch die Reichsbank.** Die Reichsbank gibt bekannt: Durch Annahme des Ultimatums der alliierten Mächte vom 5. Mai d. J. hat das Reich schwere finanzielle Verpflichtungen übernommen. Sie zu erfüllen, müssen die größten Anstrengungen gemacht werden. Von diesem Gesichtspunkte aus hat das Reichsfinanzministerium sich entschlossen, durch Vermittlung der Reichsbank und der Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepaßten Preise ankaufen zu lassen; goldene Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittlung der Reichsbankanstalten, die bereits mit entsprechender Weisung versehen sind. In den nächsten Tagen wird der Ankauf auch von allen Postanstalten, von diesen aber nur im Bezug auf deutsche Reichsgoldmünzen, aufgenommen werden. Der von der Reichsbank und Post zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche; er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche neu festgesetzt; für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 260 Mark für ein Zwanzigmarkstück, auf 37 000 Mark für 1 Kilo Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umsatz- (Luxus-) Steuer kommt bei diesen Verkäufen nicht in Ansatz. Den Besitzern von Gold bietet sich hiermit Gelegenheit, es ungefähr zum Weltmarktpreis zu verwerten.

△ **Hitzewelle in Norddeutschland.** In ganz Norddeutschland herrscht seit Wochen gewaltige Hitze, die in Ostpreußen besonders groß ist und bereits beträchtlichen Schaden angerichtet hat. Die Ernte ist nach fachmännischem Urteil ernstlich gefährdet, da der sogenannte Totenwind die Weideplätze ausgedorrt und den Roggen zum Auswachsen gebracht hat. In vielen Kreisen bieten die weißfarbigen Roggenfelder einen höchst betrüblichen Anblick. Für die Sommersaaten ist die Gefahr besonders groß. Teilweise sind die Erbsenfelder bereits durch die andauernde Hitze vernichtet. Aber auch über den übrigen Teilen Norddeutschlands lastet seit langem eine schwüle Hitze. In der Reichshauptstadt steigt die Temperatur von Tag zu Tag. Das Berliner Wetterbureau meldet, daß dieser Zustand auch weiterhin noch anhalten werde. Selbst häufigere Gewitter würden keine Abkühlung bringen. Der Grund hierfür seien die sehr heißen Ostwinde in den niederen Luftschichten, während in den oberen Lufträumen warme Südwinde vorherrschten. Im allgemeinen würde die große Hitze in den Vormittagsstunden herrschen, während am Abend kleinere elektrische Entladungen zu erwarten seien, die aber auch keine wesentliche Abkühlung bringen würden. Der Sommer 1921 erinnert bis jetzt sehr an den Sommer von 1911, der uns zwar guten Wein brachte, aber ebenfalls unerträglich heiß war.

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener
der Aemter Nieheim-Steinheim-Lügde (Sitz Steinheim Westf.)
Sonntag nachmittag 3 Uhr
vor der Volksversammlung auf dem Schützenplatz
Mitglieder-Versammlung
beim Kameraden Edmund Büchter [illegible] (Detmolderstr.)
1. Verteilung der eingegangenen Antragsformulare, Zeitungen etc
2. Erhebung der Beiträge. 3. Verschiedenes
Jeder Kamerad muß unbedingt wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen. **Der Vorstand.**

Gesangverein „Liederkranz"
Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr:
- Gesangstunde -
Wegen Besprechung einer wichtigen Vereinsangelegenheit ist es erforderlich, daß jedes Mitglied erscheint. Keiner darf fehlen.
Der Vorstand.

Schweine-Versicherungsverein Steinheim
Schweinebesitzer, welche ihre Tiere gegen Rotlauf impfen lassen wollen, müssen sich umgehend bei Herrn Dr. Hölting oder bei Herrn Rochus Grolle melden.

Terrier-Hund
7 Monate alt, zu verkaufen. Von wem, sagt die G. d. Bl.

Wegen Umzug **Hund** zu verkaufen, wunderschönes Tier, 2 Jahre alt, sehr wachsam, gekreuzte Rasse, Dobermann-Schäferhund.
Oberschweizer Jedema, Grevenburg b. Sommersell.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Am Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8.30 Uhr, findet im Saale des Herrn Franz Müller eine

Öffentliche Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Referat des Genossen Felgenträbe über: „Die politische Lage und die Sozialdemokratie."
2. Freie Aussprache.

(Saalgeld 50 Pfennig).

Zum Massenbesuch ladet ein:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.
Ortsgruppe Steinheim.

Bekanntmachung!

Auf Grund der Verordnung vom 3. Mai 1911 in Verbindung mit der Verordnung über die Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 in Fassung der Verordnung vom 11. April 1918 findet in der nächsten Zeit im Kreise eine Erhebung der Ernteflächen von Brotgetreide, Gerste usw. statt.

Alle Getreideanbauer (Eigentümer sowie Pächter) sind verpflichtet, den zuständigen Bürgermeistern und Gemeindevorstehern zu diesem Zwecke jede geforderte Auskunft über die Anbauflächen zu erteilen und insbesondere auch in der von den Ortsbehörden festgesetzten Zeit und an der von diesen bezeichneten Stelle die entsprechenden Meldungen (ohne nochmalige besondere persönliche Aufforderung) zu erstatten.

Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt, oder wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer die Einsicht in Geschäftsbücher oder die Besichtigung oder Nachmessung der Flächen verweigert oder behindert, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt. Auch können die verschwiegenen Vorräte, also die nicht angegebenen Getreideflächen und die darauf stehende Ernte, als für den Staat unentgeltlich verfallen erklärt werden.

In gleicher Weise wird derjenige, welcher fahrlässig die Auskunft, zu der er verpflichtet ist, nicht oder nicht in der gesetzten Frist oder unrichtig erteilt, mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bestraft.

Es empfiehlt sich daher, daß sämtliche landwirtschaftliche Betriebsunternehmer, gleichgültig, ob es sich um Güter, Bauernhöfe oder kleine Getreideanbauer handelt, sich schleunigst über ihre Anbauflächen ein genaues Bild und, wenn notwendig, die Größe ihrer Anbauflächen durch Nachmessen feststellen.

Spätere Entschuldigungen mit Unkenntnis der Bestimmungen oder Irrtum in den Größenverhältnissen befreien nicht von der Strafe, da ausdrücklich auch Fahrlässigkeit unter Strafe gestellt ist.

Höxter, den 2. Juni 1921.

Der Landrat.: Frhr. Droste.

Bekanntmachung!

Durch Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden ist die Polizeistunde allgemein auf 11 Uhr abends für die Zeit vom 1. Juni bis einschl. 18. September ds. Js. verlängert.

Steinheim, den 2. Juni 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Am Donnerstag nachmittag von 2 bis 5 Uhr werden auf dem Magistratsbüro Damen- und Herrenstiefel zu einem festgesetzten Preise abgegeben.

Steinheim, den 3. Juni 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 3. Mai 1921 wird vom 1. Juni 1921 ab der Kleinhandelshöchstpreis für 1 Pfund auf 3.95 Mk. für Kandis auf 5.30 Mk. festgesetzt.

Höxter, den 28. Mai 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Frhr. Droste, Landrat.

Wird veröffentlicht!

Steinheim, den 2. Juni 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Damenstrümpfe, schwarz Prima Qualität.
Herren-Socken von Mark 3.50 per Paar an.
Voll-Voile's bedeutend im Preise herabgesetzt.
Wollgarne, Prima Qualität Mark 1.10 per Bind.
Kopftücher einfach 5 Mark doppelt 10 Mark per Stück.
Schlapphüte Schlapphüte
S. Emmerich Wwe.

Habe abzugeben:
Reinrassige Strasser-Tauben
1 Paar Junge, und ein Paar Alte mit Jungen, sehr empfehlenswert für Liebhaber.
Anton Kleine Nr. 51, Rolfzen.

Singer-Nähmaschine
mit Fußbetrieb, gut erhalten und tadellos nähend, preiswert zu verkaufen in **Rolfzen Nr. 52.**

Sofort eine **Frau** oder ein **Mädchen** für leichte Hausarbeiten auf halbe Tage gegen hohen Lohn sucht **Frau Busch,** Bahnhofstraße, Postamt.

Danksagung!

Für die uns anlässlich unserer **Vermählungs-Feier** dargebrachten Glückwünsche und Blumenspenden sagen wir hiermit unseren **herzlichsten Dank.**

Steinheim, im Juni 1921.

Norbert Bermann u. Frau.
Frieda, geb. Kirchheimer.

Bad Pyrmont.
Am Sonnabend und Sonntag den 11. und 12. Juni
Bezirks-Turnfest
des Bezirkes Hameln der Deutschen Turnerschaft
auf der Rennwiese zu Pyrmont.
Drei- und Zwölfkampf der Turner, Neunkampf der Turnerinnen, Allgemeine Freiübungen, Riegenturnen, Sonder-Vorführungen, Turnspiele, Volkstänze der Turnerinnen,
Festball in 3 Sälen
Ueber 1200 Turner u. Turnerinnen anwesend.

Landwirte und Hausbesitzer
verseht Eure Gebäude mit wirksamen Blitzschutzanlagen

Ein Brand trifft heute den Besitzer ungleich schwerer wie früher! Durch außerordentlich günstige Einkäufe in Kupfer und sonstigem Material bin ich in der Lage, sehr preiswerte Angebote zu machen. Die Ausführung erfolgt nach den neuesten, wissenschaftlich-technischen Gesichtspunkten. Prüfung von Blitzableiter-Anlagen mittelst eines Apparates neuester Konstruktion. Kostenanschläge und Projekte kostenlos!

E. Wegesin, Steinheim i. Westf.
Pyrmonter-Straße — Fernsprecher Nr 77.



Ata eignet sich für **alle Küchengeräte** besonders auch für **Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Fensterglas - Rohglas - Drahtglas
Ornamentglas weiß und farbig
Glasdachpfannen, extra stark
kaufen Sie stets am billigsten im Spezial-Geschäft
Ludwig Lammersen, Steinheim

Statt besonderer Anzeige!

Die glückliche Geburt eines kräftigen
.: Stammhalters :.
zeigen hocherfreut an
Wilhelm Türich u. Frau
Ottilie, geb. Ismar.
Rittergut Hinter-Eichholz, 6. Juni 1921.

Besseres Mädchen
sauber, zuverlässig, für kinderlosen kleinen Haushalt wegen Erkrankung des jetzigen sof. gesucht bei guter Kost und Behandlung. Etwas Erfahrung im Kochen, Nähen u. Handarbeiten erwünscht. Gelegenheit sich weiter auszubilden, geboten. Offerten an:
Frau Antons, Düsseldorf
Volksgartenstraße Nr. 21.

Gesichts-Ausschlag
Pickel, Mitesser, Flecken verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medicinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum ist morgens abzuwaschen und mit Zucker's Creme nachzustreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich

---

Aus Stadt und Land.

** **Anschlag auf Herzog Albrecht von Württemberg.** Herzog Albrecht von Württemberg, der gegenwärtig auf Schloß Zeil zu Besuch weilt, und Fürst Erich von Zeil wurden am Mittwochabend auf der Heimkehr von der Jagd, während sie auf ein bereitstehendes Automobil zugingen, meuchlings von hinterher beschossen. Herzog Albrecht fiel zu Boden und wurde im Automobil nach dem Schlosse gebracht, Fürst Erich wurde nur leicht verletzt und befindet sich außer Bett, während der Herzog, der von mehreren zum Teil tiefsitzenden Schrotkörnern getroffen wurde, das Bett hüten muß. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden. — Generalfeldmarschall Albrecht von Württemberg, der ehemalige württembergische Thronfolger, führte während des Krieges die nach ihm benannte Heeresgruppe im Westen.

** **Schwere Unwetterschäden in Ostpreußen.** Nach wochenlanger Dürre sind über Teile Südostpreußens verheerende Wolkenbrüche und Hagelunwetter niedergegangen, die namentlich an Roggenfeldern großen Schaden anrichteten. Der trockene Boden konnte die Wassermassen nicht aufnehmen, so daß das Wasser zu kleinen Bächen anwuchs, was zu Ueberschwemmungen und Unterspülungen führte. Seit etwa 30 Jahren hat man ein derartiges Unwetter in Ostpreußen nicht gesehen.

** **Im Hochgebirge verunglückt.** Der jüngste Sohn des verstorbenen österreichischen Großadmirals Anton Haus, der Techniker Leo Haus, wird seit einer Skitour in das Dachsteingebiet vermißt.

** **Der Gastod im Brunnenschacht.** In Rettigheim bei Wiesloch (Baden) wurden bei Brunnenarbeiten durch giftige Gase 7 Arbeiter betäubt, von denen vier den Tod durch Ersticken fanden.

** **Seltsamer Unglücksfall.** In Harnuthsachsen in Hessen wurde der zehnjährige Sohn des Malermeisters Linker vermißt. Man fand den Knaben schließlich auf dem israelitischen Friedhof erschlagen unter einem umgestürzten Grabstein, an dem er sich vermutlich zu schaffen gemacht hat.

** **Selbstmord eines früheren Kammerherrn des Zaren.** In einem der ersten Hotels von Versailles hat der Baron Galmar de Linder, der ehemalige Kammerherr des russischen Zaren, Selbstmord begangen. Er hatte sich im Badezimmer mit einem Rasiermesser die Pulsadern durchschnitten. Als Grund wird angegeben, daß der Baron sein ganzes Vermögen verloren hat. In einem hinterlassenen Briefe bittet er in einem Armensarge beerdigt zu werden.

** **Der Passagierdampfer „George Washington" verbrannt.** Der bekannte Dampfer „George Washington", an dessen Bord bekanntlich Wilson zur Friedenskonferenz reiste, ist durch Feuer zerstört worden, während er am Kai von Hoboken lag. Der Dampfer, der der „United States Mail Steamship Compagnie" gehört, war vor kurzem mit einem Aufwand von einer Million Dollar gänzlich neu eingerichtet worden.

Kleine Nachrichten.

* Die medizinische Fakultät der Kölner Universität hat dem Staatssekretär für die besetzten Gebiete, Geh. Oberregierungsra Philipp Brugger, die Würde und Rechte eines Ehrendoktors verliehen.

* In der Nacht auf Sonnabend brannten die süddeutschen Karosseriewerke Schebera in Heilbronn sowie ein großer Teil des Dampfsägewerks Bartsch nieder.